

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 4)

Ersteinst Werktags

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post
im Nachbarortsvorkehr 2.15 Mk. in Württemberg
2.27 Mk. vierteljährlich, hiesig Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg., die Gar-
montheile oder deren Raum.
Kleinanze 25 Pfg., die Zeile.
Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition
zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg.
besonders berechnet. Bei Texten 20 Pfg.

Nr. 47

Montag, den 24. Februar 1919

36. Jahrgang.

Wochenrundschau.

In einer langen Ausführung verlas am 14. Februar der Reichsminister des Auswärtigen Amts Graf von Brockdorff-Rapkau in der Nationalversammlung das Programm, das er seiner Amtsführung zugrunde zu legen gedenkt. Die Aufgaben der deutschen Außenpolitik zerlegt Brockdorff in zwei Gruppen: Beseitigung des Kriegszustands und Herstellung normaler Beziehungen zur Völkergemeinschaft. Der Minister bedauerte, daß die freiwillige Waffenabgabe Deutschlands die Feinde nicht milder gestimmt habe. Sie verdanken ihren Sieg nicht militärischer, sondern wirtschaftlicher Kriegsführung, deshalb müsse der Friede nicht nur ein politischer, sondern wesentlich auch ein wirtschaftlicher sein. Deutschland lasse sich nicht als ein Volk zweiter Klasse behandeln; es verlange, da es dem Wilson'schen Friedensprogramm vorbehaltlos zugestimmt habe, in dem Bund der Völker politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung. Der Friede sei in erster Linie gegründet, um Deutschland zu einer friedlichen Politik zu zwingen, obgleich niemand in Deutschland an eine kriegerische Politik denke. Wie wäre das auch möglich! Aber einem Völkerbund, in dem wir ausschließlich Gegenstand der Vollzugsgewalt („Objekt der Exekutive“) sein würden und ohne Kolonien und Schiffe, können wir nicht eintreten. Der Geist der Nationalversammlung werde entscheidend sein für die Frage, ob die Sieger das deutsche Volk als gleichberechtigt anerkennen, oder ob sie ihm Bedingungen zumuten, die es zu tragen würden, lieber die äußersten Folgen zu ertragen, als sich diesen Bedingungen zu unterwerfen.

Die Entschlossenheit Brockdorffs, überbrannte Bedingungen der Feinde abzulehnen, wurde schon am übernächsten Tage auf die Probe gestellt. Am 16. Februar fanden in Trier die Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstands auf unbestimmte Zeit statt. Aus den Mitteilungen des Ministers Erzberger geht hervor, daß Marschall Foch bei dieser dritten Verlängerungsverhandlung noch kürzer angebunden war als bei den früheren. Er stand gleichsam mit der Uhr in der Hand und verlangte: annehmen bis der Feind auf Knopf drückt, oder —. Erzberger erbat von der Regierung telegraphisch Beistand. Die Regierung wollte die Verantwortung nicht allein auf sich nehmen und berief die Führer der Mehrheitsfraktionen, sowie ihre am Sonntag in Weimar anwesend waren — es sollen nicht viele gewesen sein —, zur Beratung und noch am Nachmittag telegraphierte Ministerpräsident Scheidemann, er solle den Vertrag unterzeichnen, zugleich aber dem Marschall Foch einen Protest gegen die neuen Bedingungen übergeben. Die Zustimmung ist der Regierung schwer geworden, umso mehr als Graf Brockdorff entschiedenen Widerspruch gegen die Annahme der Bedingungen erhob und, da er in der Beratung nicht durchdrang, um seine Entlassung bat. Er ließ sich schließlich zur Weiterführung seines Amtes bewegen, aber erst nachdem ihm zugesagt war, daß die künftigen Verhandlungen über den Waffenstillstand bzw. über die Friedensvorbereitungen — die am 16. Februar getroffene Abmachung soll tatsächlich nach dem Wunsch Wilsons etc. Art Vorfrieden sein — seiner Rücktritt unterstellt werden. Die Bedingungen des Marschalls Foch sind, wie Minister Erzberger in der Nationalversammlung mitteilen konnte, von Wilson gebilligt worden, eine Nachricht, die in der Versammlung „große Bewegung“ hervorrief, glauben doch viele immer noch an menschenfreundliche Gefühle des amerikanischen Präsidenten gegen Deutschland. Diese Bedingungen sind nun aber über alle Maßen hart und grausam. Zwar sind sie noch nicht alle bekannt gegeben und nur trostlosweise rücker Nachrichten durch; aber auch die amtlich bekannt gegebenen Bestimmungen sind niederschmetternd. Die gegenwärtige Waffenruhe kann jederzeit mit dreitägiger Frist gekündigt werden, eine Gefahr, die nun ernst genug zu nehmen ist, denn dadurch erhält der Feind eine fürchterliche Waffe in die Hand. Außerdem wird fast die ganze Provinz Posen den Polen überantwortet; die Deutschen werden aus ihrem eigenen Gebiet hinausgedrängt und haben ihre „Angriffe“ gegen die polnischen Räuberbanden einzustellen. Die Polen ihrerseits denken gar nicht daran, die Feindseligkeiten abzubrechen und zu drängen immer weiter gegen Westen vor. Sie, die man mit deutschem Blut von Rußland befreit hat, haben die

Stirne, auf der Pariser Friedenskonferenz folgende Forderungen zu übergeben: den Deutschen ist jede „Feindseligkeit“ gegen die Polen zu verbieten; die Deutschen haben die requirierten Maschinen und Rohmaterialien zurückzugeben, 25 000 Eisenbahnwagen an Polen auszuliefern, Danzig abzutreten und müssen die polnischen Truppen in Frankreich auf dem Seeweg nach Polen lassen, außerdem sollen sie den Polen die entstandenen Kriegsschäden ersetzen. Doch das nebenbei. Marschall Foch hat, wie es scheint, die völlige Entwaffnung Deutschlands verlangt; nach einer Blättermeldung sollen in Deutschland nur 25 000 Mann unter Waffen bleiben dürfen, in einem Volk, das von Feinden umgeben ist. An der Westgrenze dürfen in weiten Gebieten keine Garnisonen, Fabriken für Kriegsmaterial, Befestigungswerke usw. gehalten werden, die Befestigungswerke von Helgo-

land werden geschleift, der Nordostsee Kanal entfestigt und dem freien Schiffsverkehr für die ganze Welt geöffnet. Viele Tausende von Obstbäumen und 350 000 Kinder sollen nach Frankreich ausgeliefert werden und anderes mehr.

Kein Wunder, wenn sich der Nationalversammlung in Weimar eine tiefe Niedergeschlagenheit und eine gereizte Stimmung zugleich bemächtigte, die in der Sitzung vom 18. Februar einen Sturm erregte, den ersten im deutschen Sorparlament. Von Seiten der Deutschen Volkspartei wurden heftige Angriffe gegen die verschiedenen Waffenstillstandsabkommen und den Minister Erzberger, der die Verhandlungen zu führen hatte, gerichtet und es wurde ihm vorgeworfen, daß er, ohne Sachverständige zu Rate zu ziehen, eigenmächtig vorgegangen sei und dazu beigetragen habe, daß wir nicht nur den Krieg, sondern auch den Frieden verloren haben. Erzberger blieb die Antwort nicht schuldig. Er wies darauf hin, daß wir gar nicht in der Lage gewesen wären, die Bedingungen Fochs abzulehnen; diejenigen, die seine Arbeit tadeln, hätten auch keine besseren Bedingungen herausgeschlagen. Kritizieren sei sehr leicht, besser machen aber sehr schwer. Jedenfalls wäre die Verantwortung der Ablehnung schwerer gewesen als die der Annahme der Bedingungen, so schwerlich diese auch seien. Die Redner der Mehrheitsparteien pflichteten dem Minister bei. Und man wird sagen müssen: so wie die Dinge nun einmal liegen, sind wir dem Feind auf Gnade und Ungnade überliefert. Daß der Feind trotz des Wilsonprogramms von seiner Uebermacht einen solchen Gebrauch macht, nun, das war vorauszusehen. In Punkte Gutmütigkeit stand das deutsche Volk von je vereinsamt da in der ganzen Welt.

Der Reichsschatzminister Schiffer hat nun aber zu dieser traurigen Lage des Reichs in der Nationalversammlung einen Bericht über unsere finanzielle Lage gegeben, der geradezu trostlos ist. Mit einer Reichsschuld von 4,7 Milliarden Mark, der eine Gesamtschuldensumme aller Bundesstaaten in Höhe von 15,5 Milliarden gegenüberüberstand, ist Deutschland in den Krieg eingetreten. Auf den Kopf der damals rund 68 Millionen betragenden Bevölkerung kam somit eine Belastung von rund 70 Mk. Reichsschulden oder 297 Mk. der Reichs- und Staatsschulden zusammen. Die Schulden der Gemeinden, Körperschaften usw. bleiben als unbekannt außer Betracht. Im Verlauf des Kriegs hat der alte Reichstag 146 Milliarden bewilligt, davon ergaben die 9 Kriegsanleihen nach dem Nennwert 97,9 Milliarden, dem Reich sind aber davon nach Abzug der Kosten, Provisionen an Banken usw. nur knapp 93 Milliarden zugeflossen. Zusätzlich der laufenden Einnahmen aus den geschöpften Steuern und Abgaben reichte aber der Betrag weit nicht hin und die Reichsbank mußte stark in Anspruch genommen werden. Der Bestand der Bank an Schatzwechseln usw. ist daher von 1,5 Milliarden Ende 1913 auf 27,4 Milliarden Ende 1918 angewachsen. Dieser Bestand ist aber da die Reichsbank die eingereichten Schatzanweisungen in Schatzwechsel größtenteils an andere Banken weitergab, nicht die volle Höhe. Schiffer hat die Gesamtsumme genannt: nicht weniger als 58 Milliarden d. h. soviel als der Betrag von 5 Kriegsanleihen, sind von der Reichsfinanzverwaltung durch Schatzanweisungen und Schatzwechsel (das sind Anweisungen auf das Reichsvermögen beschafft worden. Vom Ausland haben wir ferner Kredite genommen und solche an unsere Verbündeten gegeben, zusammen 9,5 Milliarden, die wir als Schulden zu unseren Lasten buchen müssen, denn von den Verbündeten werden wir sicher nichts mehr holen können. So sind die vom Reichstag bewilligten Kredite um 14 Milliarden über-

schritten worden. o diese Ueberforderung soll aus den jüngst von der Nationalversammlung angeforderten 25 Milliarden gedeckt werden. Die Zunahme der Reichsschuld seit 1914 bis Ende 1918 beträgt im Ganzen 162 Milliarden und die Gesamtschuld des Reichs einschließlich der alten Reichsschuld und der von jener Neuanforderung verbleibenden 11 Milliarden hat jetzt die Höhe von rund 178 Milliarden erreicht. Mit Einrechnung der auf etw. 18 Milliarden angewachsenen Schulden der Einzelstaaten — gibt sich also ein Schuldenstand von rund 200 Milliarden. Erhöhernd tritt die starke Ausgabe von Papiergeld hinzu. An Reichsbanknoten und Darlehensloosen sind jetzt fast 34% Milliarden im Umlauf gegen 2 Milliarden Banknoten im Jahr 1914, ungerechnet das Papiergeld der Städte und Körperschaften. Nun wird man die Bevölkerung des Reichs heute nach Abzug der 1,6 Millionen Kriegsoffer und der Todesopfer der Hungerplödade und der Grippe, sowie in Anbetracht des starken Geburtenrückgangs kaum höher als auf 68 Millionen veranschlagen dürfen, und auch davon wird man, die 1,9 Millionen Elsaß-Lothringer und zwei Drittel der Provinz Posen, die 2,1 Millionen Seelen zählt, mit etwa 1,4 Millionen in Abzug bringen müssen. Nordschleswig soll außer Betracht bleiben. So ergäbe sich eine Gesamtbevölkerung des Reichs von noch 62,7 Millionen. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen also 2839 Mk. Reichsschulden (gegen 70 Mk. 1914) und rund 3190 Mk. Gesamtstaatschulden (gegen 297 Mk. vor dem Krieg).

Diese Schuldensituation wird eine sehr starke Verschärfung erfahren durch die an den Feind zu bezahlenden Entschädigungen, über deren Höhe aber noch kaum eine Vermutung möglich ist. Andererseits hat unser Volkvermögen durch die Abgabe des Kriegsmaterials, der Kriegs- und Handelschiffe, des Eisenbahnmaterials, durch die Besetzung der wichtigsten Kohlen- und Industriebezirke, durch den Verlust der Kolonien und andere Bedingungen bereits eine starke Verminderung erfahren und wenn Minister Erzberger sagte, wir werden in diesem Jahr für etwa 5 Milliarden Lebensmittel usw. einzufrachten müssen, die zum großen Teil mit fremden Staatspapieren und anderen Wertpapieren aus deutschem Besitz zu bezahlen sind — diese Papiere sollen ja beschlagnahmt werden —, so geht auch diese bittere Notwendigkeit an dem Rest des Volkvermögens in empfindlicher Weise. Die menschenfreundlichen Amerikaner überlassen uns nach dem neuesten Abkommen, wenn wir alle die harten Bedingungen genau erfüllt haben, wieder 255 000 Tonnen Getreide, wofür wir allerdings nach dem Stand der deutschen Währung die Kleinigkeit von 400 Millionen Mark bezahlen müssen. Ohne die Frachtkosten, die wir auf uns zu nehmen haben, kostet uns also die Tonne in New York 1700 Mk., oder der Zentner 85 Mk. Das Beträubelste aber ist die Feststellung des Reichsschatzministers, daß von unserem Heeresgut im Wert von mehr als 8 Milliarden über 5 Milliarden gestohlen und verschleudert worden sind. Das ist ein Fleck auf der Ehre des Volks, der nicht mehr reinzuwaschen ist.

Nun haben wir ja wohl durch den Anstich des Deutsch-Oesterreichs an das Reich einen Bevölkerungszuwachs von etwa 9 Millionen zu erwarten, aber eine finanzielle Entlastung wird der Anstich uns nicht bringen, im Gegenteil. Deutsch-Oesterreich bringt nämlich eine Kriegsschuld von 31 Milliarden Kronen mit und von den 28 Milliarden Kronen Noten der Oesterreichisch-ungarischen Bank (nach Abzug des ungarischen Anteils) wird der Hauptteil auf Deutsch-Oesterreich sitzen bleiben, da die Tschechen und Jugoslawen sich durch Abstempelung der Noten sich der Last zu Ungunsten D-Oesterreichs zu entziehen vermocht haben.

Es ist klar, daß mit Steuern allein der Ausweg aus dem Schuldenlabyrinth nicht zu schaffen ist. Wir haben auf lange Zeit nur ein Mittel, um die Last zum Weiterleben zu verschärfen, und das ist doppelte Arbeit. Die gesamte Gütererzeugung muß durch angelegte Arbeit gehoben werden; das Angebot an Gütern, die uns jetzt fehlen, muß vermehrt werden, wir müssen es Papiergeld durch Arbeit, durch Waren ersetzen. Dann aber erst dann werden auch die hohen Preise wieder auf ein erträgliches Maß sinken.

Wilson ist nun nach Amerika zurückgereist, nach dem sein Lieblingskind, der Völkerbund, geboren war. Der „Entwurf“, an dem wohl nichts oder nichts Wichtiges mehr geändert werden dürfte — „die fünf Groß-

nachts haben ihn ja ausgearbeitet und gutgeheißen...
st veröffentlicht worden. Er hat bei den Neutralen und
Mitteln auch in Deutschland große Enttäuschung hervor-
gerufen, denn die „Liga der Nationen“ wird in Wirk-
lichkeit nichts anderes sein als eine Fortsetzung des Ver-
trags des Vereines der „Assoziierten“, ein Name der seit
dem Eintritte Amerikas in den Krieg aufgefunden ist.
Zerst waren unsere Gegner die Entente-mächte (England,
Frankreich und Rußland); durch den Beitritt Japans,
Italiens, Rumäniens, Portugals, Griechenlands, Ser-
biens usw. durch Vertragsverpflichtung wurde daraus der
Bund der „Alliierten“. Die Vereinigten Staaten haben
sich nicht durch Vertrag gebunden, sie führten den Krieg
auf eigene Faust, und daher nennen sich in letzter Zeit
die Feinde alle zusammen einschließlich Amerikas die
„Assoziierten“. Aber auch von den Assoziierten wird nur
in kleiner Teil trotz „Sekretariat“ und „Gerichtshof“ im
Völkerbund etwas zu sagen haben. Die Vereinigten Staa-
ten, England und Frankreich werden allein die Weltpolizei
ausüben und demgemäß eine entsprechende Macht zu
Wasser und zu Lande beibehalten (Japan wird es übrigens
halten, wie es selber will). Alle anderen Staaten haben
abzurufen, die Wehrmacht, die ihnen zur Aufrechterhal-
tung der Ordnung im eigenen Lande zusteht, wird vom
Völkerbund d. h. den Maßgebenden im Bund vorgeschrie-
ben. Wie Deutschland dabei wegkommt, wissen wir ja
bereits.

Leider bietet der Rückblick auf die vergangene Woche
nichts, was das Auge erfreuen, das Herz erheben könnte.
Die schändlichen Zustände im Ruhrgebiet, wo die von
fremden Heeren aufgereizten Banden der Radikalen jeden
Begriff von Recht, Gesetz, Freiheit und Eigentum vernichtet
haben, mögen nicht weiter erwähnt werden. Aber doch
sollen wir uns nicht niederdrücken lassen. Der oberste Gott
der alten Römer, Janus, hatte zwei Gesichter; das eine
war nach rückwärts, das andere nach vorwärts gekehrt.
In dieser bildlichen Darstellung liegt ein tiefer Sinn.
Der Blick des Menschen und vor allem jetzt des Deutschen
soll nicht hinten, am Vergangenen haften bleiben, son-
dern er soll auch vorwärts schauen, der Gegenwart seine
Aufmerksamkeit widmen und nach der Zukunft spähen,
im Gegenwart und Zukunft richtig miteinander zu ver-
binden. Das Augenmaß hierfür wird ihm aber gestiftet,
wenn er auch das nicht aus dem Gesichtskreis verliert, was
dahinten liegt. So wollen wir festen Blicks die Nebel
der Zukunft zu durchforschen suchen in der Gewissheit,
daß auch durch sie, mögen sie jetzt auch noch so dicht
und grau und die Schatten des Vergangenen noch so
unkel sein, wieder die Sonne brechen wird. Mit Mut-
losigkeit und Verzweiflung würden wir in dem Pfuhl
des Niederganges stehen bleiben; ernste Entschlossenheit,
Selbstvertrauen und Arbeit werden uns wieder glück-
licheren Tagen entgegenführen.

Verhängung des Belagerungszustands über Baden.

Karlsruhe, 22. Febr. Die badische vorläufige Volks-
regierung hat infolge von Unruhen, die in Mann-
heim auf Betreiben spartakistischer und bolsche-
wistischer Elemente ausgebrochen sind und an denen
sich auch unabhängige Sozialisten beteiligt haben,
über die Republik Baden den Belagerungszustand
verhängt. Der Straßenverkehr ist in den
Städten von abends 8 Uhr ab verboten. Die Beschrän-
kungen der Straßensperre hinsichtlich der Verhaf-
tung, Beschlagnahme und Durchsuchung sind aufgehoben.
Die Erklärung, in der die vorläufige badische Regierung
den Belagerungszustand veröffentlicht, schließt mit fol-
genden Worten: „Mitbürger! Wir wissen, daß hinter
diesen Unordnungen auch der Wille der Reichsregierung,
des Reichspräsidenten Ebert und des Reichsministers
Scheidemann steht. Wir wollen nicht Vorgänge wie die
im Ruhrgebiet, die in München und Berlin. Die Zent-
rumspartei, die sozialdemokratische Partei und die Deutsche
demokratische Partei der badischen Nationalversammlung,
sowie die Arbeiter-, Bauern-, Volks- und Soldatenräte
wenden sich in Erklärungen an das badische Volk, in
denen sie bekanntgeben, daß sie diese Maßnahme der
vorläufigen badischen Volksregierung billigen.“

Stuttgart, 23. Febr. Die Staatsregierung hat
öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, Um-
züge und andere Kundgebungen verboten. Zuwider-
handlungen werden nach den bestehenden gesetzlichen Be-
stimmungen bestraft.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 21. Febr.
Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 220 Uhr.
Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt der Präsident des
Reichspräsidenten Scheidemann das Wort: In tiefem
Schmerz vor auch in größter Empörung habe ich die so-
genden Mitteilungen zu machen: Kaum sind die Schiffe auf
den französischen Ministerpräsidenten Clemenceau verhallt,
da hören schon wieder neue an unser Ohr. Heute morgen hat ein
Famulus der bayerischen Ministerpräsidenten Eisner, den
Vorkämpfer der Revolution, erschossen. Der Mörder ist gefolgt,
München befindet sich in blutigem Bürgerkrieg. Mein Freund
Kochhaupter soll tot sein. Mein Freund Auer, Mitglied dieses
Hauses, soll im Landtag ebenfalls erschossen worden sein. Die
Reichsregierung drückt ihren tiefen Schmerz und ihre Verurteilung
dieser schändlichen Morde aus. Eisner ging zuletzt Wege,
die nicht mehr die meinen waren. Aber sein Ziel war auch das
meine. Nichts bezeichnet den Niederkunft einer Zeit deutlicher,
als wenn das Mittel zum Mittel des politischen Kampfes wird.
Es liegt hier eine Erkrankung der Volksseele vor. Wenn der
Opfer, eine gute Folge hat, so wird es die sein, uns alle in
einem einheitlichen Willen entschlossen zusammenzuschließen, um
solche Zustände zu beseitigen. Es wäre der Untergang des
deutschen Volkes, wenn auch nur ein Teil von ihm sich von
dieser Verurteilung ausschließen wollte. (Das ganze Haus hat
die Ansprache des Ministerpräsidenten stehend angehört.)
Präsident Fehrenbach: Die Nachricht vom Tode unseres
Mithelbes Auer hat sich bis jetzt nicht bestätigt. Wir hoffen, daß
er nur verwundet ist, und daß er uns bald in der Nationalver-
sammlung wiedergehen wird.

Daran teilt man in die Tagesordnung ein. Anfrage der
Abgeordneten Gehard (Bauer, Bauernbund) und Weira-
bach (D.N.B.) ob die Reichsregierung bereit sei, alsbald und
zu welchem Termin den Kommünen und Pflerungsverbänden
die für die Kreis...

vorzuzugabten Summen...
Präsident des Reichspräsidenten Scheidemann: Die Zu-
stände, die sich in manchen Gegenden Deutschlands herausgebildet
haben, machen es mir zur Pflicht, auf die Vorgänge, die sich
am Niederrhein abspielen, einzugehen. Abg. Rühl hat es
mir zum Vorwurf gemacht, daß ich dem Reichspräsidenten nicht
empfohlen habe, sich nach seiner Wahl direkt mit dem Präsi-
dents Wilson in Verbindung zu setzen, zwecks Herbeiführung eines
baldigen Friedens. Ich hätte dem Reichspräsidenten und wahr-
scheinlich auch dem ganzen Land einen schlechten Dienst erwiesen,
wenn ich seinem Vorschlag entsprechend verfahren wäre, da Wil-
son verlangt, daß sich die deutsche Regierung an alle Alliierten
wenden möge. Dann ein Wort zu der Rede der Frau Zieg:
Das Programm der Regierung taugt nichts, weil die Regierung
nichts taugt und die Regierung taugt nichts, weil die Parteien,
aus denen sie sich zusammensetzt, auch nichts taugen. Das wunderbar
nicht. Aber es wird Frau Zieg nichts nützen, auch wenn
sie noch kräftigere Äußerungen anstellt. Und Sie (zu den Unabhängigen)
werden davon keinen Vorteil haben, solange sie sich mit
Haut und Haaren den Spartakisten verschreiben. Die junge
Republik wird in kürzester Zeit vor der Erschütterung,
wenn nicht vor dem Zusammenbruch stehen. Das Reich,
das Volk seine Ernährungsbedürfnisse und seine Arbeitsbedürfnisse
keine sind auf das schwerste bedroht, nicht vom Feinde, sondern
von Landesgenossen. Die Spartakisten im Ruhr-
gebiet sind ganz gemeine Räuber, Spitzbuben und Er-
presser. Sie ziehen von Zehne zu Zehne und zwingen die
Arbeitswilligen zum Streik, obwohl 65 Prozent der Berg-
arbeiter gegen einen Streik sind. Die Regierungstruppen kommen
als Schutztruppe der Demokratie und der vergewaltigten Arbeiter,
nicht als Besatzgarde. Ich bin überzeugt, daß es ihnen gelin-
gen wird, den Spartakisten und Gewaltmenschen in kür-
zester Zeit das Handwerk zu legen. (Stürmischer Beifall bei der
Mehrheit. Zwischen bei den Unabhängigen.)

Es ist ein Antrag aller Parteien (außer der U.S.P.),
eingegangen, in dem es heißt: Das deutsche Volk erwartet
einen Frieden des Rechts. Es hat seine Waffen erst
niedergelegt, nachdem es sich mit seinen Gegnern über die von
Wilson aufgestellten Punkte verständigt hat. Das deutsche Volk
rechnet auf die Unverletzlichkeit dieser Zusage. Die Nationalver-
sammlung wolle die Anwendung aller Mittel, um die Angriffe
bolschewistischer Truppen und Banden gegen unsere Grenzen
abzuwehren. Die Verhinderung der Entente, die fortwährende
Hungerkatastrophe, die Zurückhaltung der notwendigen Rohstoffe
und unserer Kriegsgefangenen muß das deutsche Volk zur Ver-
weigerung treiben. Die Nationalversammlung legt dagegen vor
der ganzen Welt feierliche Verwahrung ein. — Weiter ist von
den Mehrheitsparteien ein Vertrauensvotum für die Regierung
eingetragen worden.

Preuß. Justizminister Heine: In allen Zeugnissen
in dem Verfahren wegen der Tötung der Frau Lipenburg
nimmt ein Kommissar der Staatsanwaltschaft teil.
Es geht ein von allen Parteien gestellter Antrag ein,
der die Bestrebungen für einen Anschluß Deutsch-Oester-
reichs begründet.
Abg. Meierfeld: Die Sozialdemokraten des Rheinlands
protestieren gegen jede Schwächung und Lockerung des Ge-
setzes von Deutschland. Wir wünschen keine eigene westdeutsche
Republik. Wir wollen grundsätzlich keinen Kulturkampf, son-
dern nur eine Lösung des Verhältnisses von Staat und Kirche
auf dem Boden der Freiheit. Deutschland kann und soll der
anderen Völker im Sozialismus führend vorangehen.
Abg. Steigerwald (3.): Die linksrheinische Bevölke-
rung ist stark beunruhigt, weil die französischen Eroberungs-
gesühle immer deutlicher hervortreten. Sie erwarten, daß die
Nationalversammlung deutlich zu erkennen gibt, daß der Rhein
kein Grenzfluß ist. Die Arbeiter an der Saar sind deutsch ge-
boren und deutsch erzogen und wollen auch deutsch bleiben
(Lebh. Beifall.) Bei künftigen Verhandlungen wird eine Wirtschafts-
form gesucht werden müssen, die sich sowohl einem gesunden
Kapitalismus, wie dem Sozialismus anpaßt. Aber wir können
uns nicht von heute auf morgen auf sozialistische Experimente
einlassen. Die Einführung des Achtstundentages ist kein wirt-
schaftlicher Schaden, wenn sie international erfolgt. Der Rosten
geist von oben hat den Rostengeist von unten hervorgerufen.
Wir müssen wieder zur Einigkeit zurückkehren.
Abg. Fel. Bäumer (Dem.): Der Ruf nach unserer Zukunft
ist die Hauptaufgabe. Wir sehen in der Revolution den elemen-
taren Ausbruch eines tieflich mißhandelten Volks. Ich wünsche
daß man in alle Behörden, die mit Frauen- und Erziehung-
angelegenheiten zu tun haben, sozial gefühlte Frauen berufen
möge. Wir stehen heute vor der Aufgabe, der Gesamtheit des
Volkes den Kulturfakt zu bringen.
Das Vertrauensvotum wird gegen die Stimmen der
Unabhängigen und der beiden Parteien der Rechten angenommen.
Der Antrag über den Anschluß Deutsch-Oesterreichs ist ein-
stimmig angenommen. Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr.

Neues vom Tage. Die Reichsverfassung.

Berlin, 23. Febr. Aus dem Reichsverfassungs-
entwurf wird mitgeteilt: Die Reichsfarben sind schwarz-
rot-gold. Die Beziehungen zu den auswärtigen Staa-
ten sind in Gesetzgebung und Verwaltung Sache des
Reichs. Soweit Einzelstaaten mit auswärtigen Staaten
Verträge schließen, bedürfen sie der Zustimmung des
Reichs. — Die Stimmenzahl der Mitgliedsstaaten im Reichs-
rat ist von der Zahl ihrer Einwohner abhängig. Grund-
sätzlich entfällt auf eine Million Einwohner eine Stim-
me. Das Amt des Reichspräsidenten dauert 7
Jahre. Seine Wiederwahl ist zulässig. Das Post- und
Telegraphenwesen, einschließlich des Fernsprech-
wesens, ist in Gesetzgebung und Verwaltung ausschließlich
Sache des Reichs. Das Reich muß die Post- und
Telegraphenwesen von Bayern und Württemberg im
Wege des Vertrags gegen Entschädigung in eigene
Verwaltung übernehmen. Die Postwertzeichen sol-
len für das ganze Reich gemeinsam sein.

Weimar, 22. Febr. Der Nationalversammlung ist
ein Antrag der sozialdemokratischen, demokratischen, Zen-
trums- und deutschen Volkspartei zugegangen, einem Ge-
setzentwurf für die Bildung einer vorläufigen Reichs-
wehr zuzustimmen. Die Reichswehr soll auf demo-
kratische Grundlage unter Zusammenfassung bereits be-
stehender Freiwilligenkommandos und durch Anwerbung
von Freiwilligen gebildet werden. Bereits bestehende
Volkswehren und ähnliche Verbände können ihr angeglie-
dert werden. Offiziere und Unteroffiziere aller Art und
Beamtenpersonal des bestehenden Heeres, sowie seine Ein-
richtungen und Behörden können in die Reichswehr auf-
genommen werden. Dieses Gesetz tritt am 31. März
1920 in Kraft.

Einpruch der Obersten Heeresleitung.
Berlin, 22. Febr. Die „Soz. Korrespondenz“
erfährt, von der Obersten Heeresleitung sei aus
militärischen Rücksichten gegen die letzten Bedingungen

des Nachfalls Hoch in schärfster Form bei der Reichs-
regierung Einspruch erhoben worden.

Berlin, 22. Febr. Der Staatssekretär des Reichs-
ernährungsamts Warm ist zurückgetreten. Die Beam-
ten seines Ressorts lehnten nach Blättermeldungen die
weitere Zusammenarbeit mit dem Staatssekretär ab.

Berlin, 22. Febr. W.B. erklärt die Reutermel-
dung, daß 8 deutsche Ueberseedampfer, darunter der
„Imperator“, in Hamburg zur Heimbeförderung der
amerikanischen Truppen aus Frankreich in Stand ge-
setzt werden, für unrichtig.

Die Spartakisten.
Glabbad, 22. Febr. Bei den bisherigen Kämp-
fen in Voittrop sind auf Seiten der Bürgerwehr 21 Mann
getötet worden. 40 Mann der Bürgerwehr, die sich den
Spartakisten ergeben hatten, sind nach Sterkrade ab-
transportiert worden.
Es steht fest, daß die Volkswehr bei der
Uebergabe an die Spartakisten nur 2 Tote
und einige Verwundete hatte. Die übrigen Leute sind
nach der Uebergabe, nachdem die Gefangenen in Reich
und Glied aufgestellt waren, niedergeknallt wor-
den. Die Gefangenen wurden greslich mißhandelt und
fast völlig ausgeraubt. Wer Geld hatte, konnte sich durch
Besetzung frei machen. Arbeiter auf der Schachtanlage
Scholven in Gladbeck wurden durch die Spartakisten in
unglaublicher Weise mißhandelt.

Essen, 22. Febr. Gestern und heute streikten auf
100 Schichtanlagen 145 000 Mann in jeder Schicht.

Düsseldorf, 22. Febr. Die Streiklage erfuhr hier
keine wesentliche Aenderung. Die Industrie- und Hand-
werksbetriebe liegen noch immer still, weil die Sparta-
kisten die Arbeitswilligen weiter an der Wiederaufnahme
der Arbeit verhindern. Eine Vollversammlung der Ar-
beitgeber der gesamten Eisen- und Stahlindustrie von
Düsseldorf und Umgebung beschloß einstimmig, die Streik-
tage nicht zu bezahlen.

Sterkrade, 21. Febr. Oberbürgermeister Dr. Wolf
wurde von den Spartakisten aufgefordert, aus der Stadt-
kasse Zahlungen an die Spartakisten zu leisten. Schließ-
lich sah sich der Oberbürgermeister veranlaßt, aus eigen-
en Mitteln 18 000 Mark zu zahlen. Dr. Wolf hat
sein Amt niedergelegt.

Lübau, 19. Febr. Livländischer und litauischer
Fronbericht vom 17. Febr.: Bei Schrudon Patrouil-
lergefecht. Der Feind griff in den Morgenstunden Ge-
büden mit 500 bis 600 Mann Infanterie, Kavallerie
und Artillerie an und wurde nach heftigem Kampf
zurückgeschlagen. Teile der Besatzung Goldingens stießen
dem weichen Gegner nach. Eigene Verluste: 1 Of-
fizier, 1 Mann tot, 4 Mann verwundet. 30 Kilometer
südlich von Ostia wurde Meez von uns besetzt.

Berlin, 20. Febr. Einer Abordnung der Stadt
Schneidemühl (Posen), die um Hilfe gegen die dro-
henden Angriffe der Polen bat, gaben Kriegsminister
Reinhardt und Reichswehrminister Koste die Zusicherung,
daß vom Reich tarifräftige Hilfe geleistet werde.

Haag, 20. Febr. Nach einem Exchange-Telegramm
aus Krakau beschreiben die Ukrainer täglich Lemberg-
Gegen 1000 Personen seien verwundet.

Die Bolschewiken.
London, Die „Times“ meldet aus Helsingfors:
Einem amtlichen bolschewistischen Bericht zufolge wur-
den im Monat Januar 14 Erzbischöfe der orthodoxen
Kirche, darunter der Erzbischof Wladimir von Kiew,
erschossen.

Die schwedischen Kerzte gegen die Blockade.
Berlin, 20. Febr. Die schwedische Kerztege-
sellschaft hat im Anschluß an einen von Professor Jo-
hannsen über die Lebensmittelknappheit in Deutschland
aufgrund persönlichen Augenblicks erstatteten Bericht
beschlossen, durch die amerikanische Gesandtschaft in
Stockholm ein Schreiben an Wilson zu richten, in dem
seine Aufmerksamkeit auf die herrschenden Zustände und
ihre verhängnisvollen Wirkungen gelenkt wird. Dazu
schreibt die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“:
Die schwedischen Kerztegelegen könnten wegen ihres menschenfreund-
lichen Charakters des herzlichsten Dankes der deutschen Kerzte
versichert sein. Werden die norwegischen, dänischen, holl-
ländischen und schweizerischen Kerzte es nicht als ihre
ärztliche und menschliche Tätigkeit ansehen, sich dem
Vorgehen der schwedischen Kollegen anzuschließen? Und
werden nicht auch endlich diejenigen amerikanischen,
englischen und vielleicht sogar französischen Kerzte, die
sich noch den Sinn und das Gefühl für die von Wilson,
„Loyd George und Clemenceau so oft gepriesene, aber
visher noch durch keine Tat bewiesene Menschlichkeit be-
wahrt haben, ihre Stimme erheben gegen die Fort-
setzung des barbarischsten Kriegsmittels, das jemals ge-
gen ein Kulturvolk angewendet worden ist?

Mülheim, 22. Febr. Die Spartakisten beschlag-
nahmen in den hiesigen Banken sämtliche Bestände, u.
a. auch 80 000 Mark Silbergeld bei der Reichsbank, fer-
ner bedeutende Lebensmittelmengen bei der Stadtverwal-
tung und den Banken.
Hanau, 22. Febr. Infolge blutiger Ausschrei-
ungen ist Hanau heute morgen von Regierungstruppen
besetzt worden. Bei Hausdurchsuchungen nach gestohlenen Le-
bensmitteln und Waffen wurden zahlreiche Verhaftungen
vorgenommen. Der rote Soldatenbund wurde entwaff-
net und sein Führer festgenommen.

London, 22. Febr. Die „Times“ meldet, daß Frau
Nadel in der Schweiz verhaftet worden sei. Die Bolsche-
wiken erklärten, daß sie am 15. März 10 in Rußland
berühmte Schweizer erschießen werden, wenn Frau Nadel
bis dahin nicht freigelassen sei.

Der Generalkrieg geheimer.
Essen, 22. Febr. Auf der Konferenz der Unab-
hängigen und Spartakisten sprachen sich die ersten für
Aufhebung des Generalkriegs im Ruhrgebiet aus, während
die Spartakisten ihn fortsetzen wollten. Die Mehrheits-
sozialisten beteiligten sich an der Konferenz nicht. Die

Anerkanntes Urteil.

Berlin, 22. Febr. Der „Temps“ vom 19. Febr. meldet, daß der deutsche Großindustrielle Köchling wegen Ankaufs von „gestohlenen“ französischen und belgischen Maschinen zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist.

Die Erwürgungsmethode.

Düsseldorf, 23. Febr. Infolge der Abichneidung des rechtsrheinischen Versorgungsgebietes und des dadurch entstandenen Milchmangels ist die Sterblichkeit der Säuglinge in Düsseldorf fast um 100 Prozent, die der Kinder von 2-3 Jahren sogar auf das fünffache gestiegen.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 23. Febr. In Polen sind unsere Truppen nach Bekanntwerden der Demarkationslinie in ihrer bisherigen Stellung geblieben. Jede Offensivebewegung ist eingestellt. Die polnischen Truppen haben sich bisher an die festgelegte Demarkationslinie nicht gehalten. Von allen Teilen der Front gehen Meldungen über herausfordernde feindliche Patrouillentätigkeit und feindliche Angriffe ein. Es ist selbstverständlich, daß unsere Truppen jedes polnische Vorgehen mit Waffengewalt verhindern, solange die Demarkationslinie nicht eindeutig feststeht. Die Truppen haben alle das Gefühl, daß die Polen die Demarkationslinie nur für die deutschen Truppen als verbindlich ansehen.

Wolfschewiki-Front: Die Lage im Baltikum hat sich weiter befestigt. Es ist uns gelungen, unter hiesiger Front restlos zu behaupten und durch verschiedene absichtlich durchgeführte Unternehmungen den Gegner empfindlich zu schädigen. In Litauen ist unser Gegenangriff gegen bei Olita eingebrochenen Feind ebenfalls erfolgreich gewesen. Nach Gefangenenangriffen sind die bolschewistischen Truppen infolge Lebensmittelnot zu Fortsetzung ihres Angriffs gezwungen.

Die Räumung Polens: Gemäß dem mit der Polen abgeschlossenen Vertrag verläßt die Räumung der noch von uns besetzten Gebiete programmgemäß. Balaßod wurde am 2. Febr. den Polen übergeben. Auch die Bahn Mosty-Grodno ist zum großen Teil bereits in polnischen Betrieb übergegangen. Die Zuführung der bisher eingetroffenen amerikanischen Lebensmitteltransporte für Polen, die am 17. Februar begannen, sind ohne Verzögerung durchgeführt.

Lage an der böhmischen Grenze: Es melden sich die Nachrichten von Truppenverschiebungen der Tschechen nach der tschechischen Landesgrenze. Vor allem deuten verschiedene Meldungen auf starke Truppenansammlungen gegen die Grafschaft Olag hin. Unser Grenzschutz wurde verstärkt.

Ukrainan, 22. Febr. Die Ukrainer haben den Angriff auf Lemberg aufs neue begonnen.

Von der Friedenskonferenz.

London, 22. Febr. „Daily Telegraph“ meldet aus Paris, der interalliierte Rat für Lebensmittelversorgung und Hilfeleistung habe bereits 30 000 Tonnen Ruder (?) und 5000 Tonnen eingedickte Milch nach Deutschland abgeschickt.

Todesurteil.

Paris, 22. Febr. Das Kriegsgesicht verurteilt Henry Guilbeaux und Hartmann wegen Einverständnisses mit dem Feinde einstimmig zum Tode.

Änderung der Geschäftsordnung des Unterhauses.

London, 21. Febr. (Reuters.) Das Unterhaus hat neue Geschäftsordnungsbestimmungen angenommen. Die Hauptänderungen sind die Ueberweisung aller Gelegenheitswörter an Ausschüsse und die Beschränkung der Aussprache im Hause auf die Fragen grundsätzlicher und wesentlicher Art.

Die Arbeiterfrage in Amerika.

Bern, 20. Febr. Wie der amerikanische Pressedienst 3 Washington meldet, wird Präsident Wilson 14 Tage in Amerika bleiben und nach dem am 4. März erfolgenden Tagung des Kongresses nach Frankreich zurückkehren. Unter den vielen Aufgaben, die Wilson in Washington erwarten, sei die Arbeiterfrage wichtig. Eine Zusammenkunft von Staatsgouverneuren und Bürgermeistern sei zur Prüfung dieser Frage nach Washington einberufen worden. Wilson werde erst nach seiner Rückkehr aus Paris die besondere Sitzung des (amerikanischen) Kongresses einberufen.

Die Heimkehr der Griechen.

Görlitz, 22. Febr. Unter Leitung von zwei amerikanischen Offizieren hat gestern der Abtransport der noch hier befindlichen Griechen stattgefunden. Mit Sonderzug verließen etwa 360 Offiziere des 4. griechischen Armeekorps Görlitz. Ein Teil der deutschen mit griechischen Offizieren verheirateten Frauen hat sich dem Transport angeschlossen. Der Abtransport der Mannschaften wird am nächsten Montag stattfinden. Das 4. griechische Korps, das künftigen Abmarsch, lehnte bekanntlich seinerzeit den Befehl Venizelos ab, in Mazedonien gegen die Deutschen und Bulgaren zu kämpfen und trat zu diesen über. Die Griechen wurden in einem Lager bei Görlitz untergebracht. (D. Sch.)

Der Streik in England eine Staatsangelegenheit.

London, 21. Febr. Lloyd George erklärte in einer Konferenz der Bergleute, jetzt sei die Regierung für die Bergwerke verantwortlich und wenn es zu einem Streik käme, so würde dieser nicht bloß ein Kampf zwischen Bergwerksbesitzern und Bergarbeitern, sondern ein solcher zwischen Industrie und dem Staat sein. Im Hinblick auf die geringen Kohlenvorräte würde es bald zu einem vollständigen Stillstand in der Industrie kommen. Zunächst müßte ein Gerichtshof errichtet werden, um die Tatsachen zu untersuchen, und dieser Gerichtshof müßte das Vertrauen der Bergleute und des gesamten Landes besitzen.

Sibirien, 22. Febr. Die „Neue Zür. Ztg.“ meldet aus Rom: Auf Anregung von Persönlichkeiten der deutschen Kolonie in Columbia und anderer Vereinigungen in Südamerika wird an die Deutschen Süd- und Mittelamerikas eine Kundgebung zugunsten der Wiederaufrichtung der Monarchie in Deutschland erlassen und die Rückkehr der Hohenzollern gefordert.

Karlruhe, 23. Febr. Das „Karlst. Tagblatt“ meldet aus Mannheim: Gestern nachmittag versammelte sich unter freiem Himmel eine große Anzahl Personen zu einer Kundgebung zu Ehren Eisners. Vom Balkon der Festhalle aus wurden verschiedene Reden gehalten, in denen die Ausruhmung der badiischen Räterepublik nach bayerischem Muster verlangt wurde. Ein Mehrheitssozialist, ein Unabhängiger und ein Kommunist erklärten ihr Einverständnis mit der Ausführung der neuen Regierung und forderten die Menge zur Zustimmung auf. Dann marschierte der Zug zum Militärgefängnis, wo nach Zertrümmerung der Eingangstüre die verschiedenen Militärgefangenen befreit wurden, von da zum Schloß. Hier drang man in die Abteilung ein, wo die politischen Gefangenen in Unterjuchungshaft saßen, die ebenfalls befreit wurden. Aus den Gerichtssälen und Zimmern wurden große Mengen Alten auf die Straße geschleudert und verbrannt. Ein Teil des Zugs zog dann weiter am Geschäftshaus des „Mannheimer Generalanzeigers“ vorbei. Es war zunächst beabsichtigt, die Zeitung zu besetzen, man sah aber davon ab, weil verschiedene Leute vom Veronal sich mit den Demonstranten solidarisch erklärten. Der Zug marschierte dann weiter zum Landesgefängnis. Verschiedene Autos und Kaffees in der Heidelbergerstraße wurden gezwungen, zu schließen. Das Theater konnte ebenfalls nicht spielen. Es soll um 5 Uhr von Spartakisten besetzt worden sein. Die Telefonverbindung mit Mannheim ist unterbrochen. Der Zugverkehr nach dem Norden und Osten wurde auf Verfügung der vorläufigen Regierung eingestellt.

Der Generalstreik abgelehnt.

Stuttgart, 23. Febr. In einer heute vormittag abgehaltenen Versammlung haben die Gewerkschaften den Generalstreik einstimmig abgelehnt.

Vermischtes.

Universitätskonferenz: Auf Anregung der Universität Berlin findet in der Woche nach Ostern in Jena eine allgemeine Universitätskonferenz statt, um die Stellung der außerordentlichen Professoren und Privatdozenten zu besprechen.

Eisenbahnunglück: Zwischen Chemnitz und Annaberg sind bei einem Eisenbahnunglück im Wilschhof 2 Personen getötet, schwer und mehrere leicht verletzt worden.

Die gestohlene Schafherde: In Unterfranken waren von Unterhändler 427 Schafe auf gekauft worden, die nach Westfalen geschmuggelt und dort schwarzgeschlachtet werden sollten. Die Herde wurde aber in Wäldersbach bei Oelnhäusen (Hessen-Rassau) aufgegriffen und beschlagnahmt. Am Tag darauf waren aber sämtliche Schafe erschossen; sie waren gestohlen, nachdem die Wälder besichtigt worden waren. In Automobilen wurde die ganze Gegend abgefahren und die Herde wurde wieder bei Wolkmünster im Speßart entdeckt. Nun werden die Tiere wieder nach Unterfranken zurückgebracht.

Brand: Ein Brand zerstörte bei der Station Dizon zur Fille ein amerikanisches Lager mit einer Million Uniformen und vielen Ausrüstungsgegenständen.

Kohlen und Verkehrslage.

D.P.C. Die Behebung des Kohlenmangels hat in letzter Zeit eine leichte Besserung erfahren. So werden an der Ruhr jetzt arbeitsfähig 15-16 000 Wagen abgefahren, gegen 24 000 Wagen kriegsnormal, in Oberschlesien 3-4 000 Wagen gegen 10 000 kriegsnormal. Die Förderung an der Ruhr beläuft sich durchschnittlich auf 240 000 Tonnen arbeitsfähig gegen 340 000 Tonnen im Februar 1918 und in Oberschlesien auf 85-90 000 Tonnen gegen 140 000 Tonnen im gleichen Monat vorigen Jahres. In den mitteldeutschen Braunkohlenbezirken hat sich die Lage insofern verbessert, als der Arbeiterbedarf durch neue Anführer von Arbeitskräften vermindert ist. Die Belegschaften haben sich wieder auf den Stand des Oktobers v. J. gehoben, trotzdem bleibt die Förderung fast um ein Drittel hinter der Oktoberförderung zurück, was seinen Grund teils in der Verkürzung der Arbeitszeit und der Minderleistung der Arbeiter, teils in den notwendigen Abrumarbeiten hat. Bestände in Brütts- und Rohbrennstoffen sind augenblicklich nicht vorhanden.

Die Betriebslage der Eisenbahn ist weiterhin durch die Wagenengstellung an die Entente behindert. Es sind bis 11. Februar 4134 Lokomotiven und 136 398 Wagen abgegeben worden, angeboten waren der Entente jedoch 10 279 Lokomotiven und 216 000 Wagen. Die überschüssigen Lokomotiven und Wagen waren also dem deutschen Verkehrsleben entzogen und werden jetzt erst wieder zum Gebrauch herangezogen. Es sind an die Entente noch abgegeben: 861 Lokomotiven und 13-14 000 Wagen. Die Abgabe geht jetzt sehr langsam vor sich, weil unser vorhandenes Material sich durchweg in äußerst reparaturbedürftigen Zustände befindet, eine Besserung unserer Verkehrslage wird deshalb auch in absehbarer Zeit kaum möglich sein. Nach wie vor müssen Kohlen und Lebensmittel bei der Waagenstellung bevorzugt werden, sodas Gütersverren sowie Sperrungen von Uebergangsbahnhöfen auch für die nächste Zeit nicht zu vermeiden sind.

Arbeitsmarktlage im Reiche.

D.P.C. Der Mangel an Rohstoffen und Kohlen hat zwar weitere Entlassungen zur Folge gehabt; gleichwohl ist in den größeren Städten infolge der Inanspruchnahme von Rohstoffarbeiten im allgemeinen ein Stillnieren der Arbeitslosen zu verzeichnen. Auch die Arbeitsvermittlung nach dem Lande, wo die Nachfrage nach wie vor groß ist, hat sich gebessert, jedoch erschwert die Scheu des Landwirts vor dem städtischen Arbeiter und vor der Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises, sowie

der große Lohnunterschied zwischen Stadt und Land und innerhalb der ländlichen Bezirke, die Arbeitsvermittlung sehr. In der Fortwirtschaft scheidet die Unterbringung der Arbeitslosen wie bisher an dem Fehlen der Unterkunft und Verpflegung, sowie an den teilweise zu niedrigen Lohnsätzen. Im Bergbau besteht die unbefriedigte Nachfrage nach Arbeitskräften fort. In Westfalen ist die Zahl der offenen Stellen in der letzten Woche sogar von 12 000 auf 23 000 gestiegen. In der Industrie ist das Bild des Arbeitsmarktes wenig verändert. Der Bedarf an Schuhmachern steigt im ganzen Reiche weiter, trotzdem melden die Zentralverbände der Schuhmacher eine keineswegs geringe Zahl von Arbeitslosen; die Hauptschuld ist die nicht zentral geleitete Arbeitsvermittlung. Die Lage des Arbeitsmarktes der kaufmännischen Angestellten ist nach wie vor ungünstig. Der weibliche Arbeitsmarkt ist weiterhin gekennzeichnet durch größere Entlassungen von Arbeiterinnen und weiblichen Bureauangestellten. Trotzdem ist es noch immer nicht möglich, die für die Landwirtschaft und häuslichen Arbeiten verlangten zahlreichen Arbeitskräfte zu beschaffen. Die hohen Unterhaltungsätze der Erwerbslosenfürsorge zusammen mit den bei den früheren hohen Löhnen infolge des Sparzwanges gemachten Ersparnissen setzen die meisten Mädchen in die Lage, vorläufig auf Arbeit zu verzichten.

Die Bildung der Kommissionen in der Nationalversammlung.

D.P.C. Nach Schluß der Plenarsitzung der deutschen Nationalversammlung am Mittwoch fand die Bildung der Kommissionen statt. Von der Deutschen demokratischen Partei gehören ihnen folgende Mitglieder an:

1. Der Reichshaushaltskommission: a) Ständige Mitglieder: v. Bayer, Bachmeide. b) Auswärtiges - Kolonien: v. Nitzsche, Waldstein, Quiddie. c) Finanzen: Dernburg, Dr. Böhmert, Ruschke. d) Ernährung - Landwirtschaft: Dr. Böhm, Wachhorst de Wente, Kerschbaum, Ziegler, Thomsen. e) Militär: v. Langheirich, Grünewald, Siehr. f) Verkehr: Engelhard, Wieland, Remmers.
2. Der Petitionskommission: a) Ständige Mitglieder: Bruchhoff, Hesse, Gleichant, Frau Dr. Bäumer, Frau Effke. b) Vertreter: Frau Brönnner.
3. Der Wahlprüfungskommission: a) Ständige Mitglieder: Neumann-Hofer, Pohlmann. b) Vertreter: Raschig.
4. Der Geschäftsordnungskommission: Ständige Mitglieder: Barwald, Koch-Homburg, Wundt, Probst.
5. Der Rechnungskommission: a) Ständige Mitglieder: Günther, Heinrich, Steinsdorff. b) Vertreter: Franke.
6. Der Handel- und Gewerbekommission: a) Ständige Mitglieder: Bahr, Barischat, Nitzsche, Schneider, Pitt. b) Vertreter: Koch-Merleburg, Schmidtthals, Hermann-Neutlingen, Lokentwig.
7. Der sozialen Kommission: a) Ständige Mitglieder: Weinhausen, Luppe, Tesius, Ekelenz, Frau Dr. Baum. b) Vertreter: Hartmann, Verschöfen, Frau Klotz.

Baden.

(-) **Karlruhe, 22. Febr.** Verfassungsausdehnung. Veranlaßt durch einen im „Bad. Beobachter“ veröffentlichten Artikel des Freiburger Theologieprofessors Engelbert Krebs zur Schulfrage brachte die sog. Fraktion unter heftigem Protest gegen den Artikel einige Abänderungsanträge zu § 19 ein. Der Hauptantrag lautete: „Neue Privatschulen dürfen nicht errichtet werden.“ Im Falle der Ablehnung dieses Antrags wurde folgender Eventualantrag gestellt: „Neue Privatschulen dürfen nur auf Grund des Gesetzes errichtet werden“ und im Falle der Ablehnung dieses Eventualantrags der weitere: „Neue Privatschulen dürfen, soweit nicht gesetzlich weitergehende Erfordernisse aufgestellt sind, nur mit Staatsministerien-entschließung errichtet werden. Die Erteilung oder Verjagung der Genehmigung steht im freien Ermessen des Staatsministeriums.“ Die Beratung über diese Anträge löste scharfe Zusammenstöße zwischen der Sozialdemokratie und dem Zentrum aus. Die demokratischen Vertreter erklärten, daß sie in der Abwehr der von Professor Krebs geäußerten Anschauungen mit der Sozialdemokratie einig seien, einen Anlaß zu einer Änderung ihrer Haltung in gesetzgebungspolitischer Beziehung aber nicht für gegeben erachten. Bei der Abstimmung wurden die sog. Anträge mit 14 gegen die 7 sog. Stimmen abgelehnt. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde vom Zentrum der Antrag gestellt, daß die Errichtung anderer Privatschulen, außer denjenigen für den Unterrichtskreis der Volksschulen juristischen und physischen Personen gestattet sein solle. Ein demokratischer Abgeordneter beantragte dazu den Zusatz: „Das Nähere über die Bedingungen wird durch ein besonderes Gesetz geregelt.“ Die Abstimmung über diese Anträge wurde ausgesetzt.

(-) **Karlruhe, 22. Febr.** (Anfragen.) Ueber die Notlage des Handwerks ist in der bad. Nationalversammlung folgende Anfrage von dem Abg. Nieberhöhl u. Gen. eingereicht worden: „Die Art der Durchführung der getroffenen Maßnahmen zum Wiederaufbau des Handwerks erweist sich als völlig unzureichend. Insbesondere gibt die Versorgung mit Rohstoffen zu ungemessenen Preisen für die zurückgekehrten Handwerker und Gewerbetreibenden und die Berücksichtigung bei der Verteilung des frei werdenden Heeresgeräts zu berechtigten Klagen Anlaß. Was denkt die Regierung zu tun, um eine sofortige tatkräftige Durchführung der getroffenen Maßnahmen zum Wiederaufbau des Handwerks zu ermöglichen?“ Weiter wurden Anfragen eingereicht über den Verkauf von Grund und Boden einzelner Großgrundbesitzer, über die Fleischversorgung der Stadt Mannheim und Heidelberg und über die Vinderung der Flieger-schäden.

Vermischtes.

Keine Schloßprüfungen. In Bayern werden für das laufende Schuljahr die vorgeschriebenen Schloßprüfungen und Entlassungsprüfungen (auch für Fortbildungsschulen) ausfallen.

Eisenbahnunglück. Die Zahl der Opfer bei dem Eisenbahnunglück in Erlenst ist größer, als anfangs vermutet wurde. Von 450 italienischen Soldaten, die sich in den Wagen befanden, ist kaum die Hälfte gerettet worden.

Kartoffeln sparen. Die bayer. Regierung will, um die knappen Kartoffelreserven zu strecken, die Wochentration auf fünf Pfund herabsetzen.

Zum 71. Geburtstag des Herzogs Wilhelm.

Der Gelegenheit hatte, seit dem 10. November v. J. nach Weihenhausen zu kommen, wo das bekannte Jagdschloß des früheren Königs Wilhelm in friedlicher Stille und freundlicher Nachbarschaft zu dem echt schwäbischen Weihenhausen liegt, dem ist wohl schon aufgefallen, daß der Verkehr in dem waldumrahmten Orte gegen früher einige Veränderung aufweist. Weihenhausen war stets vielbesucht, namentlich von jungen und alten Studenten, Touristen, die in der würzigen Luft des Schönbergs sich ergingen und die vielen Sehenswürdigkeiten, die das alte Eiserne Kloster birgt, mit bewunderndem Blick besichtigten. In der neuesten Gegenwart, seit Herzog Wilhelm in Württemberg seinen dauernden Sitz in dem weltberühmten Schloß nehmen mußte, ist die Art der Besucher eine etwas andere geworden, oder vielmehr, hat sich u. a. um eine zahlreiche Gruppe solcher Schwaben vermehrt, die früher wohl in ihrem Leben nicht daran dachten, nach Weihenhausen zu kommen. Aus dem ganzen Lande sieht man die bäuerliche Bevölkerung mit und ohne Trachten, nach dem Hause pilgern, wo der „König“ wohnt. Während Beispiele der Schwabentreue kann man fast täglich hier sehen. Und fast alle bringen dem Herrn, den sie so verehren, eine kleine Gabe mit von Haus und Hof, von Feld und Garten. Er soll in dieser schlimmen Zeit nicht Hunger leiden, wo er nicht mehr über seine Schwaben regiert. Und der Herr mit dem weißen Bart, mit dem gütigen Auge, in dem dann oft eine Träne der Rührung schimmert, dankt den Schwabenkindern und läßt sie zu sich ein in sein Haus. Eine große Wanderung wird es werden, wenn Herzog Wilhelm am 25. Februar seinen 71. Geburtstag feiert, nicht nur von solchen, die selbst vor der Schloßpforte erscheinen können; tausende von herzlichen Grüßen und Glückwünschen werden auf dem Papier oder durch den Draht ankommen. Hunderttausende von Wünschen aber fliegen drahtlos dem verehrten Fürsten zu, den ein Revolutionsjahr (1848) gebar und der in einer anderen Revolution nach dem Eintritt ins Greisenalter die Krone niederlegen mußte, die er 27 Jahre ehrenvoll getragen hatte. König Wilhelm ist unvergessen im Schwabenvolk. Dem Herzog Wilhelm gelten am 25. Februar seine innigsten Wünsche. Möge dem Herzog noch ein langer, durch die dankbare Liebe des Volks verschönter Abend beschieden sein!

Württemberg.

(*) Stuttgart, 21. Febr. (Aus dem Verfassungsaussch.) Der Verfassungsaussch. der Landesversammlung nahm heute die Abstimmung zu § 11 betr. die Gewissensfreiheit und den Schutz der Religionsübung vor. Die Regierung unterbreitete dem Aussch. eine neue Formulierung der §§ 12 bis 14. Diese Fassung lautet zu § 12: „Die Kirchen- und Religionsgemeinschaften ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken der Gesetzgebung.“ § 13: „Die evangelische und die katholische Kirche und ihre Gemeinden sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. Sie sind berechtigt, ihre Mitglieder auf Grund der bürgerlichen Steuerlisten zu beschweren. Religionsgemeinschaften, die bisher nicht als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt worden sind, können diese Rechte nur durch Gesetz verlieren.“ Reg. Komm. Prof. v. Blum erklärte, nach dem Gesetz von 1912 sei die israelitische Kirche eine reine Staatskirche. Sie müsse sich zunächst auf Grund der in § 12 gegebenen Autonomie neu ordnen und könne dann um Verleihung der Rechte einer öffentlichen Körperschaft einkommen. Ministerialrat Wehling erklärte: Diejenigen Kirchen, welche Körperschaften des öffentlichen Rechts waren, behalten auch dieses Recht (Reformierte Gemeinde, Kornat, Weihenhausen). Die §§ 12 und 13 wurden angenommen. Eine Entschließung wurde angenommen. Die Landesversammlung erklärte, daß die Regierung die Verwaltungsbehörden anzuweisen möge, gegen die Eintragung von rechtlichen Personen in das Vereinsregister nur Einspruch zu erheben, wenn sie gegen das öffentliche Recht verstoßen, wurde mit 23 gegen 1 Stimme (Erststimmen) angenommen.

(*) Stuttgart, 23. Febr. (Landesversammlung.) Die Einberufung der Landesversammlung findet erst in nächster Woche statt.

(*) Stuttgart, 23. Febr. (Verkehrsfreigabe.) Die Verordnung des stellv. Generalkommandos vom 1. Dezember 1917, wonach an Werktagen in der Zeit von 6-7 Uhr morgens die Benützung der Jüge der Silberbahn Egerloch-Stuttgart auf der neuen und alten Weinsteiglinie männlichen Personen im Alter von 14 bis 20 Jahren verboten war, ist aufgehoben worden.

(*) Stuttgart, 23. Febr. (Spartalistensammlung.) Auf dem Marktplatz hielt gestern Abend die kommunistische Partei (Spartakusbund) eine öffentliche Versammlung, in der Dr. Levi und Schulz aus Berlin sprachen. Nach einem Schlusswort des Genossen Hamburger ging die Versammlung nach einer Stunde in Ruhe auseinander.

(*) Stuttgart, 22. Febr. (Mitglieder des

Staatenausschusses.) Mitwärt. Mitglieder des Staatenausschusses sind Ministerpräsident Blos, Finanzminister Liesching und Minister des Innern Lindemann, als Stellvertreter der württ. Gesandte Hilbrandt in Berlin, Ministerialrat Schaffner, Ministerialdirektor v. Schlehauf, Generalmajor Keuner und Wirkl. Geh. Kriegsrat Horn ernannt worden.

(*) Stuttgart, 22. Febr. (Heimarbeiterinnen.) Eine Versammlung von Heimarbeiterinnen im Brenzhause, in der Frau Farrer Wiese und Abg. Groß sprachen, lehnte in einer Entschlieung die von sozialdemokratischer Seite erhobene Forderung der Abschaffung der Heimarbeiter entchieden ab.

(*) Stuttgart, 22. Febr. (Unrechtmäßige Witwenrente.) Die 36 Jahre alte Fabrikarbeiterin Mathilde Gawas hier schädigte das Kriegsklassenamt um 200 Mk., indem sie als Witwe verschwie, daß sie sich wieder verheiratet hatte. Die Strafkammer erkannte auf 4 Monate Gefängnis.

(*) Stuttgart, 23. Febr. (Die gestohlenen Ochsen gefunden.) Mit Hilfe eines Polizeihundes ist es gelungen, die auf dem Stadt Stuttgart gehörenden Gute Kleinohsenheim gestohlenen vier Ochsen wieder ansindig zu machen. Die Spuren führten zu dem Metzger Kugel in Gablenberg und dem Metzger Bay in Gaisburg. Kugel hatte zwei der Tiere den Dieben, von denen einer aus Hohrafer stammen soll, um 2900 Mk. samt Geschirren abgekauft; beide Ochsen konnten noch lebend gefast werden. Bay hatte für die beiden anderen Ochsen 3200 Mk. bezahlt und sie sogleich geschlachtet. Das Fleisch wurde in seinem Hause gefunden und sofort der Freibrant überwiesen. Kugel und Bay sowie weitere 4 Personen sind verhaftet.

(*) Heilbrunn, 22. Febr. (Schleichhandel.) Einer Schleichhändlerin aus Berlin wurden 520 Pfund Rindfleisch, 370 Pfund Erbsen, 20 Pfund Bohnen, 70 Liter Branntwein, 20 Zentner Blättertabak, abgenommen.

(*) Mottweil, 22. Febr. (Boden.) In Mottweil sind die Böden ausgebrochen. Auch hier ist die Krankheit in einem Hause der Königstraße eingezogen.

(*) Freudenstadt, 23. Febr. (Rücktritt.) Stadtschultheiß Hartmann will innerhalb Jahresfrist um sein Amt nachsuchen.

Aus der Sitzung der Gemeindegemeinschaften vom 21. Februar 1919.

Der Vorschlag des Gemeindegemeinschafts für das Rechnungsjahr 1918/19 wird beraten und festgesetzt. Der Vorsitzende teilt mit, daß die Fertigstellung des Stats nicht früher möglich war, weil der Amtschadenbetreff der hiesigen Stadtgemeinde noch nicht b. kann gewesen sei. Laut Mitteilung der Oberamtsstelle vom 1. Febr. 19 betrage letzterer heuer 60 000 Mk. gegen 47 000 Mk. im Vorjahr. Die Einnahmen der Stadtkasse im Rechnungsjahr 1918/19 werden auf 660 126 Mk., die Ausgaben auf 789 098 Mk., der Abmangel somit auf 128 972 Mk. festgesetzt. Letzterer soll durch Erhebung einer Gemeindeeinkommensteuer von 50% der staatlichen Einheitsätze und durch Erhebung einer Gemeindeumlage von 7% der Ertragskataster von Grundeigentum, Gebäude und Gewerbe aufgebracht werden. Infolge der hohen Holzpreise können also die vorjährigen Steuersätze trotz der großen Anforderungen, die auch in diesem Rechnungsjahr an die Stadtkasse gemacht werden, beibehalten werden.

Anlässlich der Vorschlagsberatung wird wie alljährlich auch die Höhe der Bürgerumlage für das laufende Rechnungsjahr 1918/19 festgesetzt. Nach der vorgelegten Berechnung beläuft sich die zur Umlage zur Verfügung stehende Summe infolge der hohen Holzpreise auf 169 060 Mk., so daß bei 605 Nutzungsportionen die einzelne Bürgerumlage 279 Mk. beträgt. Es erhebt sich nun die Frage ob bei dieser beträchtlichen Höhe der Umlage nicht die Zahl der Portionen erhöht werden soll, um dem schon längst in der Bürgerstadt bestehenden Wunsch, daß die jüngeren Bürger bald in die Umlage einrücken sollen, Rechnung zu tragen. Es wird demzufolge beantragt, die Zahl der Portionen auf 800 zu erhöhen, ein weiterer Antrag schlägt 700 vor, während ein Vermittlungsvorschlag auf 750 geht. Nach längerer Beratung einigen sich die Gemeindegemeinschaften einstimmig auf 750 Portionen. Durch diesen Beschluß, sofern er die vorgeschriebene höhere Genehmigung erhält, rücken heuer also weitere 150 Bürger (etwa bis herunter zum 30. Lebensjahr) in die Umlage ein und stellt sich dann eine Portion auf den immer noch beträchtlichen, vorher nie erreichten Betrag von 225 Mk. Zur Begründung des Beschlusses wird angeführt, daß als im Jahr 1866 und 1865 die Zahl der Nutzungsportionen auf 605 festgesetzt wurde, diese Zahl ungefähr der Zahl der nutzungsberechtigten Bürger entsprochen habe. Bei der letzten Regelung im Jahr 1885 betrug die Zahl der Nutzungsbürger z. B. 632. Es war also damals dafür gesorgt, daß beinahe alle Bürger schon einige Jahre nach Erreichung des 25. Lebensjahres in den Genuß der Umlage eintraten, während sie jetzt bis zum 38. und 39. Lebensjahr warten müssen. Dies werde mit Recht allgemein als eine Härte empfunden, denn mancher Bürger komme so, wenn er z. B. frühzeitig Erbe oder von

hier wegziehe, niemals in den Genuß der Umlage. Es würde aber jetzt geradezu als eine Ungerechtigkeit angesehen werden, wenn man die heutigen außerordentlich hohen Beträge die kaum von Dauer sein werden, nur den bis jetzt im Genuße der Umlage stehenden 605 Bürgern zukommen und nicht auch noch die Mehrzahl der übrigen nutzungsberechtigten Bürger daran teilnehmen lasse. Insbesondere schulde man diese Rücksicht den von Kriegen zurückbleibenden jüngeren Bürger, die sich vielfach ihre Existenzen neu gründen müssen und denen die Umlage wohl zu gönnen wäre. Wenn einige der 605 die Umlage beziehenden Bürger sich gegen Erhöhung der Portionenzahl ausgesprochen haben, so mögen diese gerade an diesen Umstand denken und sie mögen ferner berücksichtigen, daß es ja meistens ihre eigenen Angehörigen, seien es ihre Söhne, ihre Brüder, Schwiegeröhne oder Neffen, sind, die den Nutzen von der neuen Regelung hätten. Das eigene Interesse sollte in dieser Frage nicht zu sehr in den Vordergrund gestellt werden, sondern das geforderte kleine Geldopfer gerne dem Gedanken der Möglichkeit gleichmäßiger und gerechter Behandlung aller Bürger gebracht werden. Nach Art. 22 des Gemeindeangehörigkeitsgesetzes von 1885 seien alle über 25 Jahre alten selbständigen Nutzungsbürger zum Genuße der Umlage nach eigenen Grundbesitz berufen; nach Art. 27 Abs. 2 dieses Gesetzes haben die Gemeindegemeinschaften nur die Zeit und die Reihenfolge des Eintritts in den Genuß der Umlage zu bestimmen.

Wenn jetzt der Vorschlag auf 750 angenommen worden sei, so werde damit zweifellos sowohl den Interessen der schon im Genuße der Umlage stehenden 605 Bürger, als auch der auf den Eintritt in die Umlage harrenden Bürger in billiger Weise Rechnung getragen. Alle über 25 Jahre alten Bürger zu berücksichtigen, geht leider nicht an, denn an einer bestimmter d. h. geschlossenen Zahl der nutzungsberechtigten müsse nach allgemeiner Praxis festgehalten werden.

Dem Einwurf, es wäre besser gewesen, in der jetzigen aufgeregten Zeit diese Frage nicht zu behandeln, wird entgegengehalten, daß sobald die Höhe der heurigen Umlage bekannt geworden wäre, die Frage aus der Mitte der jüngeren Nutzungsberechtigten zweifellos doch aufgeworfen worden wäre und doch es eben dem allgemeinen Rechtsempfinden direkt wiederzueprechen hätte, wenn die jetzigen h. hen, wahrscheinlich nie wiederkehrenden Holzpreise nur einen Teil der nutzungsberechtigten zu gut gekommen wären. Um durch das erforderliche Genehmigungsverfahren die Auszahlung der Umlage nicht noch länger zu verzögern, soll übrigens jedem der bisherigen 605 nutzungsberechtigten auf die heurige Umlage auf Antrag von jetzt ab ein Vorschuß von 200 Mk. verabfolgt werden. Die Schlussabrechnung erfolgt dann später nach vollzogener Genehmigung des Beschlusses. Die ev. neu einrückenden 150 Nutzungsbürger müssen sich mit der Erhebung der Umlage aber solang gedulden, bis die Genehmigung des Beschlusses eingelaufen ist.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde noch bestimmt, daß die von auswärts hieher zurückkehrenden Nutzungsbürger künftig nach einer zweijährigen Wartzeit, wenn ihre Altersgenossen schon die Umlage beziehen, in den Nutzungsgenuß eintreten sollen, daß dagegen neu eingekaufte Bürger wie bisher hinter den zur Zeit ihrer Aufnahme jüngsten Nutzungsbürger zurückzutreten und erst nach diesem in die Umlage einzutreten haben.

Nachdem Kaufmann und Gemeinderat Brachhold die durch die Zuruhefassung und den Tod des Stadtpflegers Gutbub erledigte Stadtpflegestelle seit 1. April 1917 als Stellvertreter zur Zufriedenheit der Einwohnerschaft versehen hat, wird er heute vom Gemeinderat einstimmig zum Stadtpfleger erwählt. Sein Gehalt wird auf 3800 Mk. neben den Kriegsteuerzuschlägen und der Gehalt des Verwaltungskassars und Stadtpflegebuchhalters Schmid auf 3600 Mk. ebenfalls neben den Zuschlägen festgesetzt. Di. von Schmid seither für die Geschäfte der Einkommens- und Kapitalsteuer, der Grundbesitzumlage u. v. aus staatl. Kassen bezogenen Gebühren von etwa 1050 Mk. fließen künftig in die Stadtkasse, ebenso die sämtlichen sonstigen bei der Stadtpflege anfallenden Gebühren. Es folgen noch verschiedene kleinere Gegenstände.

Die von einem Mitglied des Schützenvereins gestifteten Preise (2 Reckstegel) wurden gestern von den Herrn Fritz Koch und Adolf Fischer gewonnen.

Die Ehrenschleife errang Herr Carl Maier durch den besten Schuß.

Heidenburg, den 24. Febr. Bei der gestrigen Stadtschultheißenwahl wurde Hr. Stadtpfleger Knodel mit 253 von 408 abgegebenen Stimmen gewählt. Hr. Rüdert Maulbronn erhielt 155 Stimmen.

Druck und Verlag der Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

Bekanntmachung.

Nächsten Mittwoch, den 26. Februar kommt im Stadt. Rechlotal an die Pferdebesitzer ein kleines Quantum Hafer gegen Barzahlung zum Verkauf.

Für die Gemeinde Wildbad vorm. von 8-12 Uhr.

Für die Parzellen nachm. von 1-5 Uhr.

Auf 1 Pferd kommt 60 Pfund Hafer

Pferde für Landwirtschaft, Manesel und Ponny erhalten 25 Pfund.

Das Pfund kostet 22 Pfennig

Kleingeld und Sack sind mitzubringen

Stadt. Futtermittelkassabestelle

Forschtmeister.

Dem Begwardt Karl Rothfuß von Wildbad wurden in Anerkennung seiner 31 jährigen treu geleisteten Dienste ein Diplom und 50 Mark verliehen.

Forschtmeister Fink.

Heidenstoffe

reichste Auswahl
einfarbig, kariert, gestreift und bedruckt
in allen Wearten und Farben
von 1/2 - 1/4 Meter bis 1/2 60

Faserstoffe

Kleider, Schürzen und Vorhänge
Kragen, Manschetten, Cravatten.

Farbige Schürzen etc.

Phil. Bösch, Wildbad.

Um Heizungsmaterial zu sparen ist mein Geschäft bis auf weiteres nur, Donnerstag, Freitag und Samstag geöffnet, die übrigen Werkstage und Sonntags geschlossen.

Armband- und Taschenuhren

für Damen und Herren,

Regulateure

mit gutem Werk und schönem Schlag
auf verschiedene Gongs liefert sofort.

Uhrenmacher Löffler,

Calmbach.

Gefunden

Wer erteilt in Wildbad einem Herrn

Armbanduhr

Abzuholen bei

Schlossermesser Schwedtl.

Privatunterricht

in der Stenographie.

Näheres in der Exped. (242)

